



# Unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit

**AfD-Fraktionsvorsitzender Parteigänger extrem rechter, revanchistischer Auffassungen**

**Zu Meldungen, wonach der Fraktionsvorsitzende der AfD, Björn Höcke, die Strafrechtsparagrafen 130 und 86 infrage gestellt habe, erklärte die Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraction, Katharina König:**

„Wer die Abschaffung der Paragraphen zu Volksverhetzung und zu verfassungsfeindlichen Symbolen will, dem muss man unterstellen, sich selbst als Parteigänger extrem rechter und revanchistischer Auffassungen zu offenbaren.“

Ähnlich wie Höcke argumentierten auch bekennende Neonazis, wie unlängst bei einer Thügida-Veranstaltung der Gebietsleiter der Europäischen Aktion, Axel Schlimper, der die Abschaffung des Volksverhetzungsparagrafen forderte. Der NPD-Fraktionschef im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, bezeichnete in seiner Rede zur Begründung eines Antrags auf Abschaffung des § 130 StGB diesen als totalitäre und dogmatische Einschränkung der Meinungsfreiheit. Höcke müsse sich genau wie dieser entgegenhalten lassen, was die damalige Präsidentin des Schweriner Landtags, Sylvia Bretschneider, im Namen aller übrigen Fraktionen ausführte: „Das, was Sie mit Ihrem Antrag wollen, legt die Axt an zentrale Werte unserer Gesellschaft. Sie wollen entweder selbst oder stellvertretend über Ihnen nahe stehende Gruppen diese Werte mit Füßen treten.“

Die derzeitige Fassung des Volksverhetzungsparagrafen und der Regelung zum Verwenden von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Symbole fuße maßgeblich auf den Erfahrungen mit den Verbrechen des Nazi-Regimes und Sorge dafür, dass deren Verherrlichung oder Propagierung menschenfeindlicher und rassistischer Anschauungen nicht geduldet und mit Strafe bedroht werde. „In der Tat ist politisch motiviertes Strafrecht abzulehnen, wer aber unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit Naziorganisationen verherrlicht oder die Shoa leugnet, der will Opfer verhöhnen und Hass schüren. Das soll und wird strafrechtlich geahndet werden“, betonte Katharina König.

**Da waren's nur noch acht:  
Bereits drei Abgeordnete haben  
AfD-Landtagsfraktion verlassen**

Höckes Äußerungen reihten sich nahtlos ein in die vorangegangenen zu meist als Entgleisungen oder Missverständnisse apostrophierten Vorfälle um den AfD-Fraktionsvorsitzenden, sei es geäußertes Verständnis für NPD-Mitglieder oder sei es ein Interview in ausgewiesenen Publikationen der sogenannten „Neuen Rechten“.

„Inzwischen sollte jedes Mitglied der Thüringer AfD und deren Landtagsfraktion erkannt haben, wes Geistes Kind Herr Höcke ist. Wer an dieser Stelle nicht die entsprechenden Konsequenzen zieht, muss sich nicht wundern, in

Zukunft in eine Reihe mit Holocaustleugnern und Neonazis gestellt zu werden“, sagte die Abgeordnete der Linksfraction.

Der AfD-Bundesvorstand hatte entschieden, den Thüringer Landes- und Fraktionsvorsitzenden seiner Parteiämter zu entheben. Der dazu gefasste Beschluss werde jetzt an das Landtagsabgeordnete übermitteln, hieß es. Anlass für das Vorgehen waren Höckes Äußerungen, wonach nicht jedes NPD-Mitglied als extremistisch eingestuft werden könne. Am 29. Mai hatte mit Jens Krumpe bereits der dritte AfD-Landtagsabgeordnete die Fraktion verlassen, sodass von den ursprünglich elf Abgeordneten der Fraktion jetzt noch acht übrig sind. Ein entsprechender Antrag sei im Landtag eingegangen, hatte Landtagspräsident Carius bestätigt. Als Begründung gab Krumpe an, dass Fraktionsvorsitzender Höcke autoritär herrsche und eine rechtsnationale Neuausrichtung der Partei betreibe.

Bereits im April war Siegfried Gentle aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen worden. Am 26. Mai hatte Oskar Helmerich gegenüber der Landtagsverwaltung seinen Austritt erklärt. Auch er galt als Kritiker des nationalkonservativen Fraktionschefs. Die drei ehemaligen Mitglieder der AfD-Fraktion sitzen nun als fraktionslose Abgeordnete im Landtag. Würde die Geschäftsordnung entsprechend geändert, könnten sie als Gruppe anerkannt werden, so ein Landtagssprecher. ■

## AKTUELL

### Sozialgericht Gotha gegen Sanktionsregelungen

„Leider passiert es sehr selten, dass Sozialgerichte die Courage haben, verfassungswidrige Regelungen und Praktiken im Rahmen des SGB II („Hartz IV“) Vollzugs beim Namen zu nennen und zu monieren, umso wichtiger ist die Entscheidung des Sozialgerichts Gotha, die Sanktionsregelungen zur Kürzung von Hartz-IV-Leistungen beim Bundesverfassungsgericht zur Prüfung ihrer Verfassungswidrigkeit vorzulegen“, so Karola Stange, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraction.

Menschen, die von Sanktionsentscheidungen der Jobcenter betroffen seien, sollten daher mit Verweis auf den am 27. Mai von der 15. Kammer des Sozialgerichts Gotha gefassten sogenannten Vorlagebeschluss an das Bundesverfassungsgericht um-

gehend beim zuständigen Jobcenter Widerspruch einlegen und einen Antrag auf Ruhen des Verfahrens bis zur Entscheidung in Karlsruhe stellen. Sollte das Bundesverfassungsgericht zugunsten der Betroffenen entscheiden, könnten dann auch andere Betroffene die Nachzahlung der gekürzten Beträge verlangen.

Zur Wahrung ihrer Rechte sollten sogar Betroffene, für deren Bescheide schon die Widerspruchsfrist abgelaufen ist, vorsorglich einen sog. Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X verbunden mit dem Ruhensantrag stellen, um auch diese nicht mehr laufenden Verfahren nachträglich doch noch auf Verfassungswidrigkeit überprüfen zu lassen. Auch hier wäre dann eine Nachzahlung der Kürzung Beträge möglich. „Eigentlich müssten die Job-

center bei in Rede stehender Verfassungswidrigkeit von Amtswegen diese Überprüfung zugunsten der Betroffenen einleiten, besser ist aber, wenn die Betroffenen selbst aktiv werden“, so Karola Stange.

Die LINKE-Sozialpolitikerin sieht in der Entscheidung des Sozialgerichts Gotha eine notwendige rechts- und sozialpolitische Konsequenz aus dem SGB II-Regelsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts von 2010, „denn wenn die vollen Regelsätze das unabdingbare sog. soziokulturelle Existenzminimum abbilden müssen, das von der Menschenwürdegarantie und dem Sozialstaatsprinzip verfassungsrechtlich verlangt wird, dann kann und darf es da keine Kürzungen mehr geben“, betonte die LINKE-Sozialpolitikerin. ■

## KOMMENTIERT:

von Diana Skibbe

### Stimme der Umwelt

„Zusammen ist es Klimaschutz“, so das diesjährige Motto des Tages der Umwelt am 5. Juni. Der UN-Aktionstag war beim ersten Weltumweltgipfel in Stockholm 1972 ins Leben gerufen worden, um mit unterschiedlichsten Veranstaltungen und Aktionen ökologische Courage zu fördern. Etwa 150 Staaten beteiligen sich seither an diesem World Environment Day.

Das Umweltprogramm (UNEP) ist die „Stimme der Umwelt“ bei den Vereinten Nationen – als Anwalt, Lehrer und Vermittler für nachhaltige Entwicklung. Es arbeitet mit verschiedenen Partnern zusammen, darunter UN- und andere internationale Organisationen, Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Akteuren aus der Zivilgesellschaft. Die Arbeitsfelder nachhaltiger Umweltpolitik reichen vom Schutz des tropischen Regenwaldes bis zum Einsatz wassersparender Techniken, von der Förderung erneuerbarer Energien bis zur Verbesserung der Bodenqualität.

Private Haushalte belasten durch Kauf und Nutzung von Produkten und Dienstleistungen in erheblichem Umfang die Umwelt. Wichtig und die Art und Weise des Konsums: Werden energieeffiziente Geräte gekauft? Wie wird geheizt? Welche Urlaubsreisen werden unternommen? Wie werden Produkte entsorgt? Erheblich dabei ist natürlich die Höhe des verfügbaren Einkommens, mit dem tendenziell die Ansprüche an Wohnfläche, Ausstattungsgrad und Reiseaktivitäten und damit auch die Inanspruchnahme von Ressourcen steigen. Hinzu kommt die Haushaltsstruktur: Je mehr Personen in einem Haushalt wohnen, desto geringer ist der Ressourcenverbrauch pro Person. Die Zunahme an Ein-Personen-Haushalten führt tendenziell zu höherem Verbrauch.

Eine nachhaltige Entwicklung erfordert, den Ressourcenverbrauch deutlich zu senken. Und ich will betonen, wir haben nur diese eine Erde, und wir sind es unseren Kindern schuldig, auf unsere Lebensgrundlage zu achten. So sollte jeder bewusst und sorgsam mit den begrenzten Ressourcen und der Natur umgehen. Der 5. Juni ist eine gute Gelegenheit, sich bei den Veranstaltungen überall im Land zu informieren und der Einzigartigkeit unserer Welt bewusst zu werden.

**Diana Skibbe ist Sprecherin für Verbraucherschutz der Fraktion** ■